

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 54

Dienstag, den 5. März 1929

102. Jahrgang

Die Minderheitenfrage vor dem Rat

Polnisch-französische Einheitsfront gegen den deutschen Antrag

Krisenstimmung in Genf.

Am Genf, 5. März. Das Sekretariat des Völkerbundes gibt bekannt, daß der Rat heute nachmittags in öffentlicher Sitzung die Aussprache über die Minderheitenfrage beginnen wird. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen zwei Punkte:

1. der deutsche Antrag: Die Garantien des Völkerbundes für die Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten;

2. der kanadische Antrag: Prüfung des Beschwerdeverfahrens für die Minderheiten beim Völkerbund. Wie die Telegraphenunion von gutunterrichteter Seite erfährt, bestätigt es sich, daß sowohl auf französischer, wie auf polnischer Seite gegenüber der Ausföhrung der Minderheitenfrage von deutscher und kanadischer Seite ein scharfer, ablehnender Standpunkt eingenommen wird, um beim Rat grundsätzlich Ablehnung einer Prüfung der Minderheitenfrage zu erreichen. Es ist damit zu rechnen, daß innerhalb des Rates sehr ernste und heftige Gegenätze zutage treten werden. Auf deutscher Seite ist man nach wie vor entschlossen, die seit Lugano eingeschlagene Linie weiter zu verfolgen und zum mindesten eine eindeutige Klärung in der Stellung des Völkerbundes zur Minderheitenfrage herbeizuföhren.

Die Hauptschwierigkeit der Verständigung am Ratstisch liegt an der Unnachgiebigkeit Polens, das seine Verfahren bei Minderheitenfragen abändern zu lassen. Polen läßt proklamieren, daß die deutsch-polnische Konvention über Obereschlesien die Minderheitenfragen zwischen diesen beiden Staaten geregelt habe und jeder Versuch, die gegenwärtige Prozedur abzuändern, als eine Ausföhrung der Bestimmungen für den Minderheitenschutz anzusehen wäre. Sollte der Rat beabsichtigen, das in Kraft befindliche Verfahren zu modifizieren, so würde Polen stattdessen die Verallgemeinerung des Minderheiten-

schutzes verlangen. Aus dieser These läßt sich erkennen, daß Polen Frankreich, Italien und England auf seine Seite bekommen möchte. Denn die drei siegreichen Großmächte unterstehen nicht den Bestimmungen des Minderheitenschutzes und würden sich mit der Verallgemeinerung des Systems niemals einverstanden erklären.

Zwischen den Vertretern der Kleinen Entente und der polnischen Regierung ist aber die in der Minderheitenfrage einzunehmende Haltung eine Übereinkunft zustande gekommen. Die Kleine Entente wünscht, daß der Rat keinerlei Veränderungen in der Minderheitenfrage des Minderheitenschutzes des Völkerbundes und dem gegenwärtigen Beschwerdeverfahren vornimmt ohne Zustimmung aller an der Minderheitenfrage interessierten Staaten. Die Kleine Entente will sich lediglich damit einverstanden erklären, daß eine Kommission gebildet wird, in der alle an der Minderheitenfrage interessierten Mächte vertreten sind und die einen Bericht für die Vollversammlung des Völkerbundes ausarbeitet.

Die allgemeine Lage muß augenblicklich als äußerst krisenhaft bezeichnet werden. Es verstärkt sich das Empfinden, daß man in einer Vertrauenskrise des Völkerbundes steht. Trotz des scharfen Widerstandes, den die Ausföhrung der Minderheitenfrage gefunden hat, verheißt man sich nicht, daß die Zukunft der Minderheitenfrage auch für die Zukunft des Völkerbundes entscheidend sein wird. Von deutscher Seite dürfte daher voraussichtlich in der großen Aussprache darauf hingewiesen werden, daß die Gewährleistung des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten einen we-

Keine wichtigen Ministerbesprechungen in Genf.

Am Paris, 5. März. Nach dem „Petit Parisien“ wird man auf der kommenden Völkerratsratstagung in Genf keine wichtigen privaten Besprechungen erwarten können. Die allgemeine Ansicht gehe dahin, daß der deutsche, englische und französische Außenminister die Frage der Rheinlandräumung und der Schaffung der sogenannten Festlegungskommission vorteilhaft kaum entscheiden könnten, bevor der Sachverständigenausschuß seine Entschlüsse gefaßt habe.

Zwischenbilanz der Pariser Konferenz

Das Ergebnis der Ausschüßberatungen

Die Umrisse der neuen Reparationsregelung.

Am Paris, 5. März. Am Montag fand nach einwöchiger Pause wieder eine Vollsitzung der Sachverständigen statt, in der die Vorsitzenden der drei Unterausschüsse über deren Arbeit berichteten: Lord R. Cecil über die Kommerzialisierung und Mobilisierung, Sir Josiah Stamp über das Transferproblem, Perkins über die Sachlieferungen. Die von den drei Delegierten vorgelegten sehr kurz gehaltenen Berichte enthielten wesentliche Vorschläge für die weitere Tätigkeit der Unterausschüsse, da auf den einzelnen von den Ausschüssen zu bearbeitenden Gebieten noch keine völlige Einigkeit erreicht war.

Der Bericht Nevellstokes über die Kommerzialisierung und Mobilisierung der deutschen Schuld brachte die Einsetzung eines Zentralkomitees in Vorschlag, der die Verwaltung der Raten überwachen und sie in Empfang nehmen soll. Er soll ferner bei der Ausgabe von Bonds und Obligationen mitwirken, ebenso wie bei der Unterbringung. Stamp legte die Auffassung seines Ausschusses dahin aus, daß der bereits hiers genannter neuzubildende Transferausschuß die Kriegskostenkommission, die Reparationskommission und den Generalagenten zu ersetzen haben würde. Für die Sachlieferungen wurde gleichfalls ein neuer Ausschüß zur Überwachung der Sachlieferungen vorgeschlagen. Besonderes Interesse erregte der Vorschlag des Vorsitzenden Owen Young, nachzuprüfen, ob es möglich sei, für diese drei Einzelorganisationen eine Einheit zu bilden, um die Vielgestaltigkeit von Organen zu vermeiden, wie sie bisher der Dawesplan vorgesehen hatte.

Um den Unterausschüssen die Möglichkeit zu geben, zu dem Owen Young'schen Vorschlag Stellung zu nehmen, wurde beschlossen, dieselben sofort einzuberufen, die nächste Vollsitzung dagegen erst am Mittwoch nachmittags anzusetzen. Im Einzelnen sei zu den Beratungen folgendes bemerkt:

1. Über den Bericht über die Arbeiten des Kommerzialisierungsausschusses herrschte insofern Einigkeit, als man sich auf allen Seiten darüber klar war, daß die Bonds in internationaler Währung auszugeben werden sollen. Eine Rolle bei dieser Ausgabe spielt naturgemäß die Frage, welche Möglichkeiten zur Konvertierung der internationalen Bonds in den einzelnen Staaten bestehen. Als Sicherheiten für die auszugebenden Bonds kämen im Gegensatz zu ähnlichen Bestimmungen des Dawesplanes weder Eisenbahn- noch Industrieobligationen in

Frage, sondern kollaterale Sicherheiten unter Ausschaltung von Sonderpfändern im wesentlichen Staatskredite. Über den Zinsfuß ist bisher nur grundsätzlich gesprochen worden, ohne daß Zahlen bereits genannt wurden. Doch ist man auf deutscher Seite der Auffassung, daß er möglichst niedrig gehalten werden muß. Selbstverständlich wird er nicht ohne Einfluß auf die Konvertierungsmöglichkeiten sein.

2. Für die Transferierung des geschätzten Teiles der Jahresraten ist eine Körperschaft vorgeschlagen, die auf Antrag der deutschen Regierung, der Reichsbank oder eines der Gläubiger zusammentreten müßte, um für den geschätzten Teil der Raten Vorschläge zu machen, falls Transfereschwierigkeiten auftreten sollten. Die Zusammensetzung denkt man sich etwa folgendermaßen: Vier würden angehören Vertreter der verschiedenen Notenbanken und Vertreter der internationalen Handelskammer, so daß auch Deutschland 1 bis 2 Vertreter entsenden würde. Auf deutscher Seite würde die Mitwirkung der Notenbanken auf das wärmste begrüßt werden. Sie wird besonders bedeutungsvoll, falls der Owen Young'sche Vorschlag der Begründung einer Gesamtorganisation verwirklicht werden sollte, da dadurch die Mitarbeit der Notenbanken verstärkt, erleichtert und zwangsläufig auch auf anderen Gebieten eingeschaltet werden würde, insbesondere, was die Sachlieferungen angeht. Die anfänglich im Unterausschuß vertretene Auffassung, daß der ungeschätzte Teil der Jahresraten derjenigen Summe zu entsprechen hätte, die für die Kommerzialisierung der deutschen Schuld in Aussicht genommen sei, ist fallen gelassen worden, da man es für möglich hält, daß sich andere Mittel und Wege ergeben werden, um die deutsche Schuld zu kommerzialisieren, ohne daß ein größerer Teil der Zahlungen vom Transfereschutz befreit wird.

3. Über die Regelung der Sachlieferungen ist noch kein konkreter Vorschlag gemacht worden. Wie erinnert, besteht auch innerhalb der Allierten eine weit auseinandergehende Einstellung zu den Sachlieferungen. England verhält sich vollkommen ablehnend, namentlich gegen Kohlenlieferungen. Frankreich wünscht Sachlieferungen in beschränktem Umfang, ebenso Belgien. Im deutschen Interesse ist es dagegen gelegen, die Sachlieferungen in gewissem Umfang aufrecht zu erhalten, da die deutsche Industrie sich auf sie eingestellt hat. Zur Beantwortung dieser Frage sind eine Reihe von Sachverständigen hinzugezogen worden.

Die weiteren Arbeiten denkt man sich nun folgendermaßen: Im Verlauf der nächsten zwei Wochen hofft man

Tages-Spiegel

Nach der gestrigen Vollversammlung der Reparationsfachverständigen, in welcher über die Arbeiten der Unterausschüsse berichtet wurde, beginnt sich langsam ein neuer Reparationsplan zu entwickeln.

In Genf beginnt heute die Aussprache über die Minderheitenfrage. Polen ist mit Erfolg bemüht, eine Einheitsfront der Sieger-Großmächte gegen den deutschen und kanadischen Antrag zustande zu bringen.

Die Widerrungen der Utrechter Veröffentlichungen durch Belgien werden immer lebhafter. Die Echtheit einiger Stellen des angeblich gefälschten Dokumentes wird bereits zugegeben.

Das Auswärtige Amt ist nicht in der Lage, nach den belgischen und französischen Dokumenten über den geheimen Militärvertrag weitere Schritte zu unternehmen.

In Washington hat gestern der neue Präsident Hoover sein Amt angetreten. In seiner Antrittsrede betonte er Amerikas Bereitschaft zur Abrüstung, lehnte aber den Eintritt in den Völkerrat ab.

In Mexiko ist ein Militärputsch ausgebrochen. Die Revolutionäre beherrschen die Staaten Sonora und Veracruz.

Das Reichskabinett verabschiedete gestern den Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes, das demnächst dem Reichsrat und vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugehen wird.

endlich Klarheit darüber zu gewinnen, ob eine Einigung zu erzielen sein wird oder nicht. Die Auffassungen hierüber in allen Lagern gehen naturgemäß sehr auseinander. Die Dauer der Arbeiten dürfte mit etwa 8 Wochen kaum zu hoch gegriffen sein. Wenn man die Osterferien dazu rechnet, werden die Sachverständigen mit der Aufstellung eines neuen Tributplans kaum vor Anfang Juni fertig sein. Von einer Reise der Sachverständigen nach Berlin ist bisher nicht gesprochen worden. Man hält es für recht unwahrscheinlich, daß die Sachverständigen sich hierzu entschließen werden. Wenn die nächsten 14 Tage als entscheidend angesehen werden müssen, so ist der Grund hierfür vor allem in der eingehenden Aussprache über die Höhe der Jahresraten zu erblicken, die nun beginnt, allerdings nicht in Sitzungen, sondern in inoffiziellen Besprechungen von Abordnung zu Abordnung. Man wird hierbei voraussichtlich nicht über Kapitalsummen sprechen, sondern über die Jahreszahlungen, die Deutschland zu leisten haben wird.

Die Wahrheit marschiert

Die Richtigkeit einiger Stellen des belgisch-französischen Militärvertrages bestätigt.

Am Amsterdam, 5. März. Einer der Redakteure der Zeitung „Baderland“ hatte am Samstag in Brüssel eine persönliche Unterredung mit dem früheren belgischen Minister für Landesverteidigung de Broquere. Dieser sagte, daß Frank-Heines zweifellos recht und stets Urkunden gestohlen habe. So sei z. B. die Liste der Mobilisierungsmittelpunkte richtig. „Für unsere Generalstabsoffiziere“, so sagte de Broquere wörtlich, „ist das sehr unangenehm, denn sie müßten nun neue Mobilisierungspläne ausarbeiten.“ Auch die anderen Mobilisierungsangaben, wie die, daß Belgien über 40 Tanks verfüge, seien richtig. Das „Baderland“ bringt diese Mitteilungen in großer Aufmachung und weist auf die Stellen im Tardieu-Buch „La Paix“ hin, in dem es auf Seite 257 heißt, daß der belgisch-französische Militärvertrag aus drei Abkommen bestehe. Dies würde auch mit den Äußerungen von Beuningen übereinstimmen, der erzählte, daß ihm nicht ein Abkommen, sondern mehrere angeboten worden seien. Von diesen drei Abkommen seien zwei bereits in Kraft, während das dritte im Jahre 1935 in Kraft treten sollte.

Neue belgische Maßnahmen.

Am Brüssel, 5. März. Nach den neuesten Nachrichten wird Frank Heines nicht mehr beschuldigt, die belgisch-französischen Geheimverträge gefälscht zu haben. Es wird ihm nur zur Last gelegt, in seinem Auslandspaß Abänderungen vorgenommen zu haben. Alle Verantwortung für die angebliche Fälschung soll auf die flämischen Nationalisten abgewälzt werden. Die ganze Angelegenheit wäre also als ein Manöver gegen die flämischen Nationalisten aufzufassen, deren Erfolg man bei den Wahlen fürchtet. Man hatte in Brüssel die Hoffnung, die Dokumente würden dem deutschen Spionagedienst übergeben und man könnte damit die flämischen Nationalisten bloßstellen. Die belgische Regierung war seit Januar über die Veröffentlichung des Dokumentes unterrichtet, tat aber nichts, um die Veröffentlichung zu verhindern.

Polens Absichten auf Danzig

Auch die polnische Denkschrift zur Eroberung Danzigs wird dementiert.

In Berlin, 4. März. Die polnische Telegraphen-Agentur in Warschau hat die Genfer Meldung der Telegraphen-Union über eine dort bekannt gewordene polnische Denkschrift zur endgültigen Überführung Danzigs in polnische Herrschaft erwartungsgemäß dementiert. Die Telegraphen-Union stellt hierzu fest, daß die von ihr im Auszug wiedergegebene polnische Denkschrift völlig authentisch ist und an ihrer Echtheit nicht gezweifelt werden kann. Der Text der Denkschrift ist inzwischen in Berlin eingetroffen. Die Denkschrift ist von einem der engsten Mitarbeiter des diplomatischen Vertreters in Danzig, des Ministers Dr. Henry Straßburger, verfaßt worden.

Holland gibt sich zufrieden

Keine holländischen Schritte mehr in Paris und Brüssel.

In Amsterdam, 4. März. In seiner Antwort auf die während seiner Abwesenheit eingebrachte Interpellation über die Veröffentlichungen des Utrechtsch Dagblad verwies Außenminister van Blokkland auf die Kammererklärung der belgischen Regierung vom 6. Februar, sowie auf die gleichzeitigen Äußerungen von Vandervelde, welche die Echtheit der von dem belagerten holländischen Blatt veröffentlichten Schriftstücke entscheidend in Abrede stellten. Auch von der französischen Regierung sei ein Dementi eingegangen, während der britische Geschäftsträger im Namen seiner Regierung eine im Unterhaus abgegebene Erklärung überreichte. Mit Rücksicht auf diese Erklärungen habe die holländische Regierung keinen Anlaß zu weiteren Schritten bei den genannten Regierungen.

Unterredung Briands mit dem belgischen Gesandten.

In Paris, 4. März. Außenminister Briand empfing am Samstag den belgischen Gesandten, mit dem er sich vermutlich über die Veröffentlichungen zu dem französisch-belgischen Geheimabkommen unterhielt. Anschließend darauf empfing Briand den polnischen Geschäftsträger.

General Gale, der Chef des belgischen Generalstabes, hat der belgischen Presse eine Erklärung abgegeben, worin er betont, niemals ein Abkommen abgeschlossen, noch seine Unterschift darunter geleistet zu haben, das für Belgien internationale Bindungen bedeute. Er fügt hinzu, niemals andere militärische Maßnahmen ins Auge gefaßt zu haben als solche, die der Verteidigung eines etwaigen deutschen Angriffes dienen.

Rückkehrung des belgisch-niederländischen Kronprinzenpaares aus Niederländisch-Indien.

In Brüssel, 4. März. Wie die Telunion aus sicherer Quelle erfährt, ist das belgische Kronprinzenpaar, das sich zur Zeit auf einer Reise in Niederländisch-Indien befindet, offiziell aufgefordert worden, die Reise abzukürzen und für die Rückfahrt nicht einen holländischen Dampfer zu benutzen.

Kleine politische Nachrichten

Die diplomatischen Verhandlungen über den Mittelmeersflug des „Graf Zeppelin“. Die diplomatischen Verhandlungen über den Mittelmeersflug des „Graf Zeppelin“ sind noch in der Schwebe. Der englischen Regierung liegt gegenwärtig ein amtliches Gesuch für die Überfliegung von Transjordanien vor. Für dieses Gesuch liegen die Verhältnisse anders als für Ägypten, da Transjordanien Mandatsgebiet ist. Der Grund für die englische Ablehnung der Überfliegung Ägyptens und des Suezkanalgebietes ist, wie es scheint, in erster Linie darauf zurückzuführen, daß England den Wunsch hat, mit seinen der Vollendung entgegengehenden beiden Luftschiffen R 100 und R 101 die ersten Flüge über die von ihm kontrollierten orientalischen Gebiete unternehmen zu lassen.

Frankreich baut Kriegsschiffe für seine Vasallen. Die Pariser „Humanité“ veröffentlicht eine Aufstellung über den Bau von Kriegsschiffen auf französischen Werften. Aus ihr geht hervor, daß sich dort gegenwärtig mehr als 60 französische und 10 Kriegsschiffe für die Flotten Polens, Rumaniens und Griechenlands im Bau befinden. Hinzu kommt die tägliche Ausfuhr von Kriegsmaterial für Polen, Rumänien und Südslawien. Gegenwärtig werden in Cherbourg 600 Tonnen Kriegsmaterial auf den polnischen Dampfer „Wilna“ verfrachtet.

Annahme des deutsch-südafrikanischen Handelsvertrages durch das südafrikanische Parlament. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, hat das südafrikanische Parlament den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Südafrika mit 62 gegen 51 Stimmen angenommen.

Die Untersuchung der Italia-Tragödie

Nobile trifft die volle Verantwortung.

In Rom, 4. März. Am Sonntag wurde ein Auszug aus dem amtlichen Bericht des Untersuchungsausschusses über das Italia-Unglück bekanntgegeben. In dem Bericht, den Admiral Cagni vor einigen Tagen Mussolini unterbreitet hat, wird festgestellt, daß das „Italia“-Unglück auf ein falsches Manöver des Kommandanten und auf die unzureichende Zusammenfassung der Mannschaft zurückzuführen ist. Einstimmig wird getadelt, daß Nobile sich als Erster von der Eisglocke retten ließ. Sein Verhalten wird mit seiner seelischen und physischen Depression erklärt. Das Handeln Zappis und Marianos verdient nach Ansicht des Ausschusses höchstes Lob.

Steppdecken!

beste Wollfüllung und Satin, prima Handarbeit, von 65 Mk. an je Paar. Günstige Gelegenheit für Brautleute! Muster zu Diensten. Umarbeitung älterer Decken. Komme auf Wunsch persönlich, unverbindlich. Steppdecken-Mäherer G. Widmaier, Oßelsheim

Die Notlage der württ. Landwirtschaft

Vorträge auf der Landwirtschaftlichen Woche in Stuttgart

Dr. Hermes zur wirtschaftspolitischen Lage der Landwirtschaft

Im Mittelpunkt des Haupttages der Landw. Woche stand ein Referat von Reichsernährungsminister a. D. Dr. Hermes über „Die wirtschaftspolitische Lage der deutschen Landwirtschaft“. Dr. Hermes leitete seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß die organisatorisch einheitliche Zusammenfassung der württembergischen Bauern im Landw. Hauptverband einen wesentlichen Vorteil gegenüber den Verhältnissen anderer Länder darstelle. Dadurch sei eine sachliche Arbeit gewährleistet, die sich nach der bekannten Grundgebung der Spitzenorganisationen der Landwirtschaft vom 19. Februar 1928 nunmehr hoffentlich auch für das ganze Reich angebahnt habe. Dr. Hermes schilderte die heute unerträglich gewordene Not der Landwirtschaft im einzelnen, hob insbesondere die Preisenot auf den verschiedensten wichtigsten Erzeugungsgebieten hervor und erläuterte die ständig steigende, teilweise verfestete Verschuldung, insbesondere innerhalb der bäuerlichen Betriebe. Die Lebenshaltung der Bauern könne heute nur als eine Verelendung des Bauernstandes bezeichnet werden. Die große Mission des Bauernstandes der Erneuerung des Volkes in kultureller, sittlicher und volkserhaltender Hinsicht sei damit gefährdet. Den Pariser Reparationsverhandlungen sollte allgemein eine größere Aufmerksamkeit gewidmet und alle politischen Einflüsse sollten von der Konferenz ferngehalten werden. Das wahre Bild unserer Wirtschaft werde wesentlich anders aus als dasjenige des Silberlichen Berichtes. Wir haben sowohl die Nahrungsmittelnot als auch die Reparationen meist mit gekorgten Geldern bezahlt. Eine erborgte Leistung ist kein Prüffeld der Zahlungsfähigkeit. Das Ausland muß einsehen, daß wir ohne unsere Landwirtschaft leistungsunfähig werden.

In der bis zum äußersten gehenden Erschwerung unserer Ausfuhr liegt eine Unwahrscheinlichkeit, die die ganze Reparationsfrage vergiftet! Die landwirtschaftlichen Zölle von 1925 bleiben zum großen Teil unter den Sähen der Friedenszeit, obgleich die Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie 10 Jahre völlig schutzlos der Auslandskonkurrenz preisgegeben war. Die an und für sich viel zu geringen Zölle wurden weiter durch die Handelsvertragsverhandlungen noch durchbrochen. Dabei lasse der Stand der Auslands-erzeugung weitere stärkere Konkurrenz für uns erkennen. Deutschland müsse sich von dem Wahne frei machen, daß es als darniederliegendes Volk die Fahne des Freihandels vorantreiben müsse. Unter den Hilfsvorschlägen nimmt die geforderte Erhöhung der Getreidezölle den ersten Platz ein. Die Mindestforderung ist die Höhe der Schwedenzölle. Ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer Revidierung der Mehlzölle in dem Vertrag mit Frankreich, so darf auch davor nicht zurückgeschreckt werden. Durch höhere Zölle und weitere außergewöhnliche Maßnahmen muß ein Getreidepreis garantiert werden, der im Einklang mit dem allgemeinen Preisstand steht. Württemberg habe auf dem Gebiete der Abfahrregelung der Milch-erzeugnisse Vorbildliches in die Wege geleitet und dadurch anderen Bezirken ein nachahmenswertes Beispiel gegeben. Die Dr. Hermes übertragene Aufgabe mit Polen nannte er „äußerst delikat und schwierig“. Ein Grundsatz leite ihn dabei, daß im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft die Lebensgrundlage der Landwirtschaft unter allen Umständen sichergestellt bleibt! Außenpolitisch und Außenwirtschaftlich müßten jeder parteipolitischen Betrachtung entrückt sein. Die Mittel der Selbsthilfe sind außerordentlich beschränkt.

Die Sozialgesetze haben sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite das Verantwortungsgefühl zum Schaden der gesamten Wirtschaft beeinträchtigt. Steuerlich erweisen sich die Landessteuern und Gemeindegabensätze als besonders drückend. Abhilfe muß insbesondere durch größte Sparsamkeit geschaffen werden. Aus der Kreditwirtschaft muß der Bauer heraus. Die Förderung der Volksbildung auf dem Lande muß in gleichem Maße geschehen wie in den Großstädten. Abschließend führte der Vortragende aus, daß die Rettung der deutschen Landwirtschaft ein außerordentlich schwieriges Werk darstelle, das nur langsam und im Verein mit der Unterstützung der anderen Berufsstände reifen könne. Die Landwirtschaft müsse ihre ganze Kraft zu gemeinsamem Handeln einsehen.

Selbsthilfe und Staatshilfe im Abfahrproblem der deutschen Landwirtschaft

Zu diesem Thema sprach während der Landw. Woche in Stuttgart Dr. Schindler-Berlin. In seinen interessanten Untersuchungen kam er zu folgendem Schluss: Auf Staatshilfe kann nicht verzichtet werden, soweit es gilt, die deutsche Landwirtschaft von den Abfahrsschwierigkeiten zu befreien, die auf dem Weltmarkte zur Zeit und voraussichtlich auch in der Zukunft bestehen. Dies geschieht am besten durch eine vernünftige Einfuhrregelung. Dabei ist aber dringendes Erfordernis, daß diese nur unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Momente vorgenommen wird. Die Selbsthilfe hat in 3 Richtungen so schnell und so stark wie möglich einzusetzen. 1. Die Kapitalknappheit der Landwirtschaft ist in ihren Auswirkungen so stark abzuschwächen, daß die Landwirtschaft in dieser Hinsicht nicht ungünstiger dasteht als die anderen deutschen Wirtschaftsgruppen. Das deutsche Bankkapital habe endlich eingesehen, welche Bedeutung die Lage der Landwirtschaft für die Gesamtentwicklung der deutschen Volkswirtschaft habe und sei im Begriffe, der Landwirtschaft gerade bei dem Ausbau und der Verbesserung ihrer Abfahr-gestaltung zu helfen. 2. Die Landwirtschaft muß die Bedeutung einer ordnungsgemäßen Marktbeschickung für einen erfolgreichen Abfahr erkennen und diese Erkenntnis auch praktisch auswerten. Eine ordnungsgemäße Marktbeschickung muß sowohl nach der Menge des Angebotes wie hin-

sichtlich der Qualität erfolgen. Die Voraussetzungen dafür liegen auf dem Gebiete der Marktbeobachtung und der Umstellung des Produktionsprozesses zur Qualitätssteigerung hin. 3. Der letzte Punkt ist eine zweckentsprechende Organisation des landwirtschaftlichen Absatzes. Hierin sei gewissermaßen die Krönung des gesamten Selbsthilfebetriebes der Landwirtschaft zu erblicken. In einer Zeit, wo sich um die Landwirtschaft herum alles wirtschaftlich zusammenschließen, sei es unnötig, wenn der einzelne Landwirt noch allein als Vertragsgegner auftreten müsse. Der Zusammenschluß dürfe dem Landwirt nicht jedes Risiko abnehmen. Im Anschluß daran entwickelte der Redner schließlich den Plan eines Zusammenschlusses, für den die Vorarbeiten bereits abgeschlossen sind.

Bauernarbeit, Bauernlohn und Bauernnot.

Zu diesem Thema führte Prof. Dr. Münzinger-Hohenheim aus: Die Verhältnisse für die Landwirtschaft waren noch nie so miserabel wie gegenwärtig. Weil die Bauernhöfe ungleich bedacht sind in bezug auf Klima, Boden und Wirtschaftslage, finden wir im Bauernbetriebe Auswirkungen aller in ihm stehenden Kräfte; neben Betrieben, die trotz der jetzigen Notjahre schuldenfrei geblieben sind und ihren Inhabern wenigstens ein auskömmliches Leben gestatten, solche, die nur das fortgesetzte Heruntergehen der dringendsten Lebensbedürfnisse und das zum Teil unbewußte Zehren von der Substanz der Betriebe und der in ihm arbeitenden Menschen noch aufrecht erhält. Leider tragen weitaus die meisten Bauernbetriebe den Stempel weitgehender Zinsflaverel. Ebenso tröstlos ist die Entlohnung der bäuerlichen Arbeit. Sobald man nur mit einer 5%igen Verzinsung des im Bauernhose stehenden Kapitals rechnet und die restliche Summe durch die geleisteten Arbeitsstunden dividiert, so sehen wir, daß der Lohn der bäuerlichen Familienarbeit noch nicht einmal an denjenigen des Gesin-des heranreicht. Bei angestellten Untersuchungen liegt der Stundenlohn der bäuerlichen Familienwirtschaft etwa bei 20 Pfennigen je Männerarbeitsstunde. Dabei sind zu solchen Untersuchungen nur ordentlich geführte Betriebe benützt worden. Wie viele Bauern mögen weder eine Kapitalverzinsung noch einen Arbeitslohn durch ihre Arbeit herauswirtschaften! Während es im Interesse des Staates gelegen wäre, daß die Einkommensverhältnisse der arbeitenden Klassen möglichst gleichmäßig gestaltet werden, kommt der Bauer trotz schwerster Arbeit und größter Sparsamkeit kaum an das Existenzminimum heran, erhält aus seiner Arbeit vielfach noch nicht einen Lohn in Höhe der Arbeitslohnunterstützung, während die Lohnansprüche des Industriearbeiters eine fortwährend steigende Tendenz aufweisen. Diese Verhältnisse erklären es auch, daß die Ausbildung der jungen Landwirte auf dem Lande. Schulen nicht in dem erwünschten und notwendigen Umfang stattfinden kann.

Die Milchwirtschaft

Ist eine der Haupterzeugungsquellen der süddeutschen Kleinbauern. Ihre Einwirkung auf die wirtschaftliche Lage des einzelnen Betriebes ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung. Leider bestehen aber gerade auf diesem Gebiete Schwierigkeiten, die sich insbesondere in ungenügender Preis-lage, hervorgerufen durch die stark schwankenden Anlieferungsbedingungen — Zeiten der Milchschwemme und Zeiten der Knappheit — auswirken. Neben der Schaffung wirtschaftspolitischer Voraussetzungen für eine lohnende Erzeugung — Zurückdämmung der Auslandsmilcherzeugnisse — wird vom Landesverband der Milchzeuger eine straffe Organisation des Angebots über das ganze Land angestrebt. Freiherr v. Stauffenberg-Miltissen sprach während der Landw. Woche über das Thema: „Die Lage der württembergischen Milchwirtschaft, insbesondere des Frischmilchgebietes.“ Der Vortragende gab als Vorsitzender des Nationalisierungs-ausschusses für Milchwirtschaft ein Bild der ungeheuren Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, um in den gesamten milchwirtschaftlichen Verhältnissen des Landes mit System Ordnung zu schaffen. Abhilfe müsse zunächst in den Werkmilchgebieten durch Förderung der Verwertung geschaffen werden. Der größtenteils an die Auslandsware verloren gegangene Inlandsmilch müsse durch Schaffung von Markenware wieder gewonnen werden. Der Vorkursprung den das Ausland während des Krieges auf diesen Gebieten erzielte, müsse durch Zusammenfassung der kleinen Volkserien, durch Errichtung von Entnahmungsstellen und Vorkurszentralen wieder ausgeglichen werden. Durch einen Kranz von Verarbeitungseinrichtungen um das Werkmilch-gebiet werde es möglich, den Werkmilchpreis zu heben und die schädigende Beeinflussung des Frischmilchgebietes durch die Werkmilch zu beseitigen. Damit werde auch die Not im Käsegebiet behoben. Selbstverständlich könnten nur solchen Reueinrichtungen Mittel bewilligt werden, die sich dem allgemeinen Nationalisierungsplan einfügen. Ein weiteres Erfordernis ist die Behebung des Frischmilchverbrauches. Deutschland und Württemberg gehören mit zu denjenigen Ländern, die am wenigsten Frischmilch konsumieren. Durch Hebung der Qualität unter entsprechenden Kontrollmaßnahmen werde dieses Ziel zweifellos zu erreichen sein. Der Milchkontrolleur müsse nicht als ein Feind des Landwirts, sondern als dessen Freund betrachtet werden. Notwendig ist eine straffe, auch genossenschaftliche Organisation der Erzeuger, auch im Frischmilchgebiet. Eine große Zentralgenossenschaft allein sei das richtige Organ zur Verhandlung mit den Abnehmern. Ohne Bindung des einzelnen sei kein Erfolg möglich.

2 bzw. 3 Haar-Waschungen für 30 Pfennig
Dann bitte nur Hellpon verlangen. Dieses milde Kopfwaschpulver verschönert alle Haare (blonde und dunkle) ganz wunderbar. Es ist bestimmt das günstigste Mittel für Ihr Haar, dem Sie wirklich vertrauen können. Beim nächsten Einkauf verlangen Sie ausdrücklich: Hellpon!

Aus Stadt und Land

Calw, den 5. März 1929

Generalversammlung des Spar- und Konsumvereins Calw.

Am letzten Sonntag fand im „Badischen Hof“ die ordentliche Generalversammlung der Genossenschaft statt, welche sehr zahlreich besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung gab der Aufsichtsratsvorsitzende Weber die Tagesordnung bekannt. Aus dem Geschäftsbericht des Geschäftsführers Ulrich war zu entnehmen, daß der Umsatz im Jahr 1928 wohl gestiegen ist, aber im Verhältnis zur Mitgliederzahl noch nicht befriedigend, obwohl seit dem Jahr 1924 eine Verdoppelung des Umsatzes erreicht worden sei. Am weiteren Ausbau der Genossenschaft wurde planmäßig weitergearbeitet, einige Verteilungsstellen mit neuen Einrichtungen versehen, zwei Verteilungsstellen neu eingebaut. Die Zahl der Verteilungsstellen wurde durch Eröffnung einer solchen in Altburg auf 13 erhöht. In Altburg wurde ein Hausanteil erworben zum Einbau eines Ladens. Einige Aufforderungen zur Errichtung einer Verteilungsstelle mußten abgewiesen werden, da die Vorbedingungen nicht erfüllt waren. Auf dem Gebiet der Mitgliederwerbung und Aufklärungsarbeit war die Verwaltung nicht müßig. In allen Bezirksorten der Verteilungsstellen wurden aufgesuchte Versammlungen, wobei den Frauen Kaffee und Kuchen gereicht wurden, abgehalten. Auch wurden in den letzten Wochen 6 Filmvorführungen veranstaltet. Der Gesamtumsatz betrug 597 780 Mark. Die Ergebnis-Rechnung weist nach der erforderlichen Abschreibungen auf Einrichtungen und nach Absetzung der Rückvergütung für das Jahr 1928 im Betrage von 29 700 Mark, noch einen Ueberschuß von 2833 Mark auf, welcher den Reserven zugeführt wird. Die Lieferanten-schulden betragen ca. einen Halbmonatsumsatz und sind als normal zu bezeichnen. Durch zur Verfügung stehende Mittel ist fast durchweg Barzahlung möglich. Der mit Ausführlichkeit gegebene Geschäftsbericht wurde mit Befriedigung aufgenommen, die Bilanz genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Aus dem Bericht des Aufsichtsrates war zu entnehmen, daß die erforderliche Kontrolle vorhanden ist und daß Vorstand, Aufsichtsrat und Personal in gutem Einvernehmen planmäßig an dem Aufbau unserer Genossenschaft zusammenarbeiten. Die Wahl zum Aufsichtsrat brachte keine Änderungen, da die ausgeschiedenen Genossen wiedergewählt wurden. So konnte der Vorsitzende mit der Aufforderung, auch im neuen Jahre tatkräftig am Aufbau unserer Genossenschaft, zum Wohle der Verbraucher des Bezirks mitzuarbeiten, die gut verlaufene Generalversammlung schließen.

Generalversammlung der Feiw. Feuerwehr Gchingen.

Am letzten Sonntag fand im Gasthaus „Zum Rößle“ die diesjährige Generalversammlung der Feiw. Feuerwehr Gchingen statt, welche sehr zahlreich besucht war. Auch Schultheiß Schmidt war erschienen. Die Musikkapelle leitete die Versammlung durch einen schneidigen Marsch ein, worauf der Kommandant, Hirschwirt Ludwig Gehring, die Erschienenen herzlich begrüßte. Der Kommandant gab sodann einen Rückblick über die Tätigkeit der Wehr während der verfloffenen 10 Jahre und gedachte hierbei auch der auf dem Felde der Ehre gebliebenen Kameraden. Darauf trug Schriftführer und Kassier A. Schneider den Geschäfts- und Kassenbericht vor, wofür ihm bester Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt wurde. In der derzeitige Vermögensstand der Vereinskasse auch ein kleiner, so gibt er doch wieder Hoffnung, in absehbarer Zeit den Vorkriegsstand wieder zu erreichen. Was den Stand der Wehr selbst anbetrifft, so läßt derselbe gegenüber dem vor dem Kriege herrschenden nichts zu wünschen übrig. An Schlagsfertigkeit und Disziplin steht die Gchingener Wehr mit an erster Stelle trotz Krieg und dem Verlust treubewährter Kameraden, denen der Kommandant Worte treuen Gedenkens widmete. Die Tagesordnung der Generalversammlung wurde mit der Verteilung von Ehrenzeichen und Diplomen für 25jährige treue Dienstleistung an 8 Mitglieder der Wehr abgeschlossen. Schultheiß Schmidt beglückwünschte die Ausgezeichneten und sprach ihnen seine Anerkennung aus. Die Namen der also geehrten Kameraden sind folgende: Gottlob Stürner (Schmiedmeister), Fritz Schuhmacher (Bauer), Chr. Böttinger (Ludwigs Sohn), August Breiling (Schmiedmeister), Ludwig Süßer (Bauer), Otto Weiß (Photograph), Paul Weiß (Bauer), Chr. Kühnle (Bauer). Auch Kommandant Gehring beglückwünschte die ausgezeichneten Kameraden und erwähnte die jüngeren Wehrmänner, mit ihren alten Kameraden zu wetteifern, getreu dem Wahlspruch der Feuerwehr: „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“. Kamerad Aug. Breiling und Otto Weiß dankten im Namen der Geehrten in schlichten Worten. Das festliche Ereignis wurde dann mit einem kräftigen Trunk gefeiert und nach Wehrmannsbrauch eine „nasse Übung“ abgehalten. Die Kapelle des Musikvereins spielte dazu fleißig auf, so daß Kommandant Gehring, als er die Versammlung schloß, zu Recht auf ihren schönen Verlauf hinweisen konnte.

Better für Mittwoch und Donnerstag.

Die Wetterlage in Süddeutschland wird von einer westlichen Depression beeinflusst. Für Mittwoch und Donnerstag ist immer noch vielfach bedecktes, auch zu leichteren Niederschlägen geneigtes, mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Neuenbürg, 4. März. Bei der gestrigen Generalversammlung der Feiw. Feuerwehr wurde Stadtbaumeister Jetter zum Kommandanten des Korps gewählt.

St. Altingen, O. Herrenberg, 4. März. In schwere Gefahr brachte sich ein hiesiger junger Mann. Er hatte den Benzinbehälter verschüttet. Dabei hatten auch einige Kinder etwas abbekommen. Nach einer Weile entzündete er ein Bündel Holz. Im Nu hatten seine Kleider Feuer gefangen und brannten lichterloh. Nur durch das schnelle Eingreifen der Angehörigen konnten die Flammen erstickt werden. Doch hat der Unvorsichtige einige schwere Brandwunden davongetragen.

St. Ulz a. N., 4. März. Sonntag früh ertönte Feueralarm. Das große Keller- und Lagergebäude der Brauerei Dölker brannte lichterloh. Was Solawerk war, brannte

vollständig nieder. Die Feuerwehr, samt Motorspritze der Buntweberei, war rasch zur Stelle.

St. Stuttgart, 4. März. Die Erhöhung des Wagenstandgebühres bei O und den als Ersatz für O gestellten Wagen auf das Zehnfache der tarifmäßigen Sätze wird mit Wirkung vom 2. März 1929 wieder aufgehoben. Beschleunigte Entladung der Wagen ist nach wie vor nötig.

St. Ludwigsburg, 4. März. Auf Sonntag hatte der Wirt. Frontkämpferbund seinen diesjährigen Vertretertag nach Ludwigsburg einberufen. Es erschienen von über 40 Ortsgruppen zirka 120 Vertreter im Ratskeller, wo die Tagung stattfand. — Durch einstimmigen Beschluß wurde Major Gleich wieder zum Bundesvorsitzenden gewählt.

St. Albingen O. Spächingen, 4. März. Vorgestern abend 10 Uhr ist hier in der Nähe des „Baldhorn“ ein Brand ausgebrochen, der sich mit unheimlicher Schnelligkeit ausbreitete. Es brannten die beiden zusammengebauten Wohn- und Dekonomiegebäude des Jakob Haller und des Matthias Esinger. Trostdem die Bewohner noch auf waren, konnte außer dem Vieh nichts gerettet werden. Es war ein großes Glück daß der tagsüber herrschende Sturmwind nachgelassen hatte und die Wasservorräte hier sehr reichliche sind. So gelang es dem energischen Eingreifen der Feuerwehr, den Brand, der schon auf ein Nachbarhaus überzugreifen drohte, auf die zwei Häuser zu beschränken.

St. Heilbronn, 4. März. In den Schwurgerichtsverhandlungen gegen den Brandstifter Rieß gab Stadtschultheiß Neunhöffer die genauen Zahlen der Geld- und Lebensmittelamtlung bekannt. Es wurden gesammelt: 225 Ztr. Heu, 1095 Ztr. Stroh, 300 Ztr. Weizen, 9 Ztr. Gerste, 15 Ztr. Hafer, 26 Ztr. Kartoffeln, rund 12 000 M in Bar.

St. Ehningen, 4. März. Die gestrige Stadtvorstandswahl, zu der sich lediglich der bisherige Amtsinhaber, Stadtschultheiß Berner, als Kandidat gestellt hatte, nahm, da alle Parteien für ihn eintraten, den vorausgesehenen Verlauf. Von den zirka 2700 Wahlberechtigten haben rund 63 Proz. abgestimmt. Mit Ausnahme einiger zerplitterter und ungültiger Stimmzettel, nämlich 1663 Stimmen, auf Berner, ein glänzendes Zeugnis für das Vertrauen und die Wertschätzung, der er sich in der ganzen Bürgerschaft erfreut.

St. Langenan, 4. März. In der letzten Gemeinderats-sitzung wurden Stadtschultheiß Dr. Haller Glückwünsche zu seiner Wahl als Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen ausgesprochen. Dr. Haller teilte mit, es sei möglich, daß sein Dienstantritt in Reutlingen schon am 8. März zu erfolgen habe. Als Amtsverweser wurde der dienstälteste Gemeinderat, Oettermüller Mack, bestellt. Die Neuwahl des Ortsvorstehers wurde auf 14. April festgesetzt.

St. Ulm, 4. März. Am Samstag nacht 12 Uhr sprang am Notariatgebäude von der Mansardenwohnung aus ein 81jähriger Mann, der an Grippe erkrankt war und Atemnot litt, durch das Fenster auf die Straße. Nach dem Sturz atmete er noch einige Minuten und verschied dann. Der alte Mann heißt Spohn. Man nimmt an, daß er Atem schöpfen wollte und am offenen Fenster das Übergewicht bekam. Für die späten Heimkehrer, die gerade dazukamen, war das ein schrecklicher Abschluß des Tages.

Sport

Außerordentlicher Gantag des Neckar-Nagold-Gaues.

Am 24. Februar fand im „Badischen Hof“ der außerordentliche Gantag des Neckar-Nagold-Gaues statt. Derselbe galt vor allen Dingen der Wahl eines Gauvorsitzenden, sowie eines Gaubehislers. Ca. 60 Vertreter der einzelnen Vereine waren anwesend. Der Bezirksvorsitzende Gschwind-Stuttgart war selbst anwesend. Nachdem der erste Vorsitzende des F.V. Calw, Entenmann, sowie Gemeinderat Beigel als Vertreter der sporttreibenden Vereine die Anwesenden begrüßt hatten, eröffnete Gauvorsitzführer Hauber-Altenfeld die Versammlung und erteilte dem Bez. Vors. das Wort. Derselbe hielt den Anwesenden vor Augen, wie wichtig der Posten des Gauvorsitzenden sei und bat um geeignete Vorschläge aus der Mitte der Versammlung. Nach kurzer Debatte wurde der 1. Vors. des F.V. Calw, Paul Entenmann, einstimmig zum Gauvorsitzenden gewählt. Derselbe nahm das Amt an und dankte allen Anwesenden für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde. Sodann ging es an die Wahl eines Gaubehislers. Nachdem zwei Vorschläge übrig blieben: Treß-fahn-Nagold und Grefler-Calw wurde geheim abgestimmt. Herr Albert Grefler-Calw wurde mit 28:26 Stimmen gewählt; auch er nahm die Wahl an. Als zur Wahl eines Gaupostwarts geschritten wurde, zeigte sich, daß gerade für diesen Posten geeignete Persönlichkeiten sehr schwer zu finden waren. Der einzige hierfür in Frage kommende Mann, Herr Abbele-Nagold, nahm endlich nach längerer Debatte das Amt eines Gaupostwarts an. Bei den folgenden Punkten gab es noch einige lebhaftes Aussprachen, die aber durch die Ausführungen des Bez. Vors. Gschwind reiflos geklärt wurden. Es zeigte sich, daß die Anwesenheit des Bez. Vorsitzenden dazu beitrug, das Ergebnis des Gantages positiv zu gestalten. Die Tagung mußte frühzeitig geschlossen werden, da die meisten Anwesenden das Entscheidungsspiel um die Gaumeisterschaft in Pforzheim sehen wollten.

Das Entscheidungsspiel um die Meisterschaft im Neckar-Nagold-Gau.

Sp. V. Nagold I — F. V. Calw I 0:0 (0:0). Das Spiel fand auf dem Platz des 1. F. C. Pforzheim statt. Die Platzverhältnisse waren derart schlecht, daß ein geordneter Spielbetrieb nicht aufkommen konnte. Beide Mannschaften traten in stärkster Aufstellung an. Während der ersten Halbzeit konnte Calw das Spiel vollständig überlegen gestalten. Aber die beigemainten Angriffe schellerten — an den Bodenverhältnissen. Wären diese gute gewesen, hätte Calw das Resultat in diesem Zeitabschnitt für sich entschieden. Nach Halbzeit nimmt Calw das Spiel weiterhin in die Hände, um nach 10 Minuten durch das Ausfallen des Mittelstürmers Nagold überlegen das Spiel führen zu lassen. Die Hintermannschaft Calws ist jedoch auf dem Posten und kann alle Angriffe mit Hilfe der Außenläufer abwehren. Nach 20 Minuten wird das Spiel wieder ausgeglichener und

gegen Schluß kann Calw wieder drücken. Aber die Bodenverhältnisse lassen keinen Erfolg zu. Beim Schlußpfiff stand die Partie 0:0. Es war nun eine Verlängerung notwendig. Der Schiedsrichter pfiff aber im Einverständnis der beiden Mannschaften das Spiel ab, so daß ein nochmaliges Entscheidungsspiel notwendig wird.

Vermischtes

Die Pforzheimer Arbeiterschaft bekommt weiter frische Brötchen.

Vor Jahresfrist hatte sich der Badische Landtag in einer einhalbstündigen Brötchendebatte für eine probeweise Frühherlegung der Ladensöffnung in Pforzheim eingelassen, damit der aus der Umgebung nach Pforzheim kommenden Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben werden kann, sich mit frischen Brötchen einzudecken. Nach einer Mitteilung des Innenministers Dr. Kemmele im Badischen Landtag hat sich die Frühherlegung bewährt und wird deshalb beibehalten werden.

Frühhergehende Wildschonzeit für 1929?

Der Allgemeine Deutsche Jagdclubverein hat in einer Eingabe an die Reichsregierung eine durchgehende Wildschonzeit für Rot- und Rehwild, Hühner und Enten für das Jahr 1929 als notwendig bezeichnet. Das Gesuch ist auf die schweren Verheerungen zurückzuführen, die dieser Winter in ganz Deutschland unter dem Wildbestand angerichtet hat.

Neh und Schuljunge.

Der 11jährige Schüler Franke, Sohn eines Bahnwärters in einem Wald bei Gieshen, nahm seinen Rodschlitten, legte ein Büchel Heu darauf und fuhr in den Wald, um Heu zu füttern. Plötzlich fühlte er ein Zupfen am Schlitten, und siehe da, zwei Nehe waren herbeigeeilt und begannen zu fressen. Der Junge blieb stehen und streichelte die Tiere. Anfangs zuckten sie zusammen und wollten weiterlaufen. Dann kamen sie wieder, fraßen Heu, ließen sich streicheln und folgten dem Knaben zur Wohnung des Vaters, wo sie noch mehr Futter bekamen. Die Tiere waren vollständig abgemagert.

Auch eine Arznei.

In diesem Winter hat man wiederholt von schweren Erkrankungen und Gesundheitschädigungen von Frauen und Mädchen durch das Tragen von Florstrümpfen bei großer Kälte gehört. Aus der Gegend von Heidelberg wird jetzt folgende Geschichte mitgeteilt. Ein Mädchen kam fast jeden Tag wegen erfrorener Füße zum Arzt. Alle Mahnungen des Arztes, Winterstrümpfe zu tragen, wurden aber in den Wind geschlagen. Schließlich aber wird es dem Arzt zu dumm und er gibt der Dame ein neues Rezept. Der Apotheker bittet das Fräulein, am nächsten Tage wieder zu kommen. Da erhielt sie von der Apotheke ein Paket mit ein Paar Winterstrümpfen und ein Paar Damenwinterschlupfschuhen. Die Dame soll dadurch tatsächlich — geheilt worden sein.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,91
100 franz. Franken	16,48
100 schweiz. Franken	81,12

Börsenbericht.

St. Stuttgart, 4. März. Bei geringem Geschäft gab es an der Börse teilweise Kursrückgänge.

R. C. Berliner Produktenbörse vom 4. März.

Weizen märk. 223—226; Roggen märk. 204—207; Branntgerste 228—240; Futtergerste 197—207; Hafer märk. 205 bis 211; Mais prompt Berlin 247—248; Weizenmehl 36,75—40; Roggenmehl 33,02—35,12; Weizenkleine 15,50—15,75; Weizenmelasse 15,10—15,30; Roggenkleie 14,65—14,75; Viktoriaerbsen 43—49; kleine Speiserbsen 27—33; Futtererbsen 21 bis 23; Pelusischen 24—26; Akerbohnen 21—23; Widon 27 bis 29; Lupinen blaue 16—17; gelbe 22—23; Seradella neue 43—53; Napfschalen 20,40—20,60; Leinschalen 25,40—25,60; Trockenschnitzel 14,60—14,90; Soyaschrot 23,30—23,50; Kartoffelschloden 21—21,50.

Landesproduktenbörse.

St. Stuttgart, 4. März. Die schwankenden Notierungen der Terminbörsen fanden in abgelaufener Berichtswoche wenig Beachtung, da das wieder eingetretene starke Frostwetter jede Berechnung auf Eintritt geordneter Schiffsahrtsverhältnisse zunichte machte. Das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen bei stabilen Preisen für greifbare Ware. Es notierten je 100 Kg.: Auslandsweizen 27,50—29 (unv.); württ. Weizen 23,75—24,50 (unv.); Sommergerste 24—25 (unv.); Roggen 22,50—23,25 (unv.); Hafer 22,25—23,25 (22 bis 23); Weizenheu 10—11 (unv.); Kleehen 12—13 (unv.); drahtgepresstes Stroh 5—6 (unv.); Weizenmehl 36,25—36,75 (unv.); Brotmehl 28,25—28,75 (unv.); Kleie 14—14,50 (unv.).

Fruchtpreise.

St. Wangan: Roggen 11,30, Hafer 11,50—12, Gerste 11,80 — Nagold: Weizen 12,40—12,80, Hafer 11—11,80 M. — Ravensburg: Weizen 8,90, Weizen 12,50, Roggen 11,25—11,45, Gerste 11,40—12, Hafer 10,25—11,35, Saathäfer 11—11,60 M. — Saulgau: Gerste 10,50—11,50, Hafer 11,60—12 M. — Reutlingen: Weizen 14—14,50, Dinkel 9,80, Gerste 12,50—13, Hafer 13 M. — Ulm: Weizen 11,30—11,80, Roggen 10,30 bis 10,70, Gerste 11,30—11,50, Hafer 11—11,90 M.

Büchertisch

Württemberg. Monatschrift im Dienste von Volk und Heimat. Herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des Württ. Landesamts für Denkmalspflege. Ernst Klett Verlag, Stuttgart.

Seit langem erwartet, erscheint soeben das erste Heft der neuen Zeitschrift. Schon ein flüchtiges Durchblättern des mit reichem Bilderschmuck ausgestatteten Heftes zeigt, daß hier etwas entstanden ist, geeignet, die in unserem Lande zerplitterten Kräfte, welche sich um Volk und Heimat bemühen, zusammenzufassen. Der Schriftleiter August Lämmli hat es verstanden, hervorragende Mitarbeiter zu gewinnen, und so gibt schon das erste Heft ein deutliches Bild von dem Wollen und Können der Monatschrift.

Würtl. Landtag

Der Ruhegehalt der Ortsvorsteher.

Bei Beratung der Gemeindeordnung wurden im Landtag zunächst die Artikel 116 und 118 behandelt. Es kam dabei zu einer sehr erregten Aussprache über die Frage des Ruhegehalts des Ortsvorstehers im Falle seiner Nichtwiederwahl. Vom Bauernbund wurde beantragt (Absatz 3 des Artikels 117): Der Ruhegehalt ist zu gewähren: a) auf die Dauer von 2 Jahren nach mindestens 10jähriger Dienstzeit als Ortsvorsteher, b) auf Lebenszeit nach mindestens 20jähriger Gesamtdienstzeit als Ortsvorsteher oder nach mindestens 30jähriger pensionsberechtigter Gesamtdienstzeit, sofern der Ortsvorsteher das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat. Vor erreichtem 65. Lebensjahr werden für jedes zu diesem Alter fehlende Jahr 2 Proz. am Versorgungseinkommen gekürzt. Der Abg. Kühle (Z.) beantragte die Gewährung des Ruhegehalts: a) auf die Dauer von 5 Jahren nach mindestens 10jähriger Dienstzeit als Ortsvorsteher, b) auf Lebenszeit, wenn der Ortsvorsteher bei Ablauf seiner Wahlzeit das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat, c) auf Lebenszeit nach mindestens 20jähriger Gesamtdienstzeit als Ortsvorsteher oder nach mindestens pensionsberechtigter Gesamtdienstzeit. Der Abg. Rath (D.V.) trat lebhaft für eine Sicherung der Ortsvorsteher ein. Gerade jene Ortsvorsteher, die ihr Amt am

gewissenhaftesten ausüben, müßten befürchten, nicht wiedergewählt zu werden. Kein Stand sei so sehr der öffentlichen Kritik ausgesetzt wie der Ortsvorsteher. Der Abg. Winkler (S.) wies darauf hin, daß dem nichtwiedergewählten Ortsvorsteher immer noch die Wiederverwendung im Bezirks- oder Staatsdienst bleibe. Der Abg. Kühle (Z.) erklärte, man müsse für den Ortsvorsteher tun, was im Rahmen des Möglichen liege. Der Abg. Fischer (Dem.) erklärte, es sei schwer, einem Großteil der Bevölkerung die weitgehenden Lebensversicherungen der Beamten plausibel zu machen. Staatspräsident Dr. Holz vertrat auch die Auffassung, daß die eigenartige Stellung der Ortsvorsteher eine gewisse materielle Sicherung erfordere. Die Beteiligung der Gemeinden an den Leistungen für nichtwiedergewählte Ortsvorsteher habe den guten Sinn, daß dann kein allzu häufiger Wechsel eintrete. Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag des Bauernbunds mit 37 Stimmen der Rechten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen 26 Stimmen angenommen, womit der Antrag Kühle erledigt war. Die eigenartige Parteikonstellation bei dieser Abstimmung erklärte der Abg. Ulrich (S.) näher dahin, daß die Sozialdemokratie nur deshalb für den Antrag des Bauernbunds gestimmt habe, um an diesem politische Erziehungsarbeit zu leisten. Die Regierungsparteien hätten in erster Linie die Pflicht gehabt, die Vorlage ihres Ministeriums zu decken.

Bei der weiteren Abstimmung wurden die Artikel 117 und 118 dann abgelehnt, so daß in dieser Frage ein Vakuum entstanden ist. In der dritten Lesung soll nun die Frage wieder aufgegriffen werden. Man erledigte dann noch die Artikel 131-138.

Aus Württemberg

Die Mitgliederversammlung des Schwäbischen Sängerbundes findet Anfang März in Böblingen statt. Die Tagesordnung umfaßt u. a. folgende Punkte: Entgegennahme des Berichts über das Geschäftsjahr 1928, Genehmigung der Bundesrechnung und Festsetzung des Bundes- und Sängerbetrags zum 32. Allgemeinen Viedersfest des Bundes in Ulm. Ein Antrag wünscht, daß die Bundesleitung bei den zuständigen Stellen dahin vorstellig werde, daß bei der Besetzung von ständigen oder unständigen Lehrstellen nach Möglichkeit solche Bewerber berücksichtigt werden, die bereit sind, die Leitung eines örtlichen Musikvereins zu übernehmen; ein Antrag des Unteren Neckargaus lautet: Die Bundesleitung möge dafür Sorge tragen, daß die schwäbischen und deutschen Viedersfeste nicht wie bisher im gleichen Jahre stattfinden wie die Landes- und deutschen Turnfeste. Das Vermögen des Bundes betrug am 31. Dezember 1928 bei 91 099 M. Einnahmen und 87 233 M. Ausgaben 52 506 M. gegenüber dem Vorjahr weniger 1039 M.

Billiger Werbeverkauf.

Um meinen Kunden etwas besonderes zu bieten, gebe ich auf beinahe sämtliche Waren bei Käufen von 5.— Mk. ab

einen Rabatt von 10 Prozent.

Sch rate jedermann, diese günstige Kaufgelegenheit auszunützen.

Paul Räu hle, am Markt, Calw.

Mütterberatungsfunde

morgen Mittwoch, den 6. März 1929 nachm. 3-4 Uhr, im Hause der Frau Ludwig Schütz Wiv., Bischofstraße, Erdgeschoss links.

Evang. Buchhandlung
Carl Spambalg
Calw, Hermannstraße
Fernsprecher Nr. 189
empfiehlt zu

Konfirmationsgeschenken:

Gesangbücher und Tragtaschen
Taschenbibeln
Bücher
in großer Auswahl
Kunstmappen
gerahmte Bilder
Schreibmappen
Schreibetuis
Tagebücher
Photoalben
Briefpapiere
Füllfederhalter

Calw, den 5. März 1929.

Dankagung

Für die beim Heimgang meines Bruders

Friedrich Herter †

erwiesene Teilnahme, für die Liebedienste der Schwestern des Bezirks-Krankenhaus sowie für ihren ehrenvollen Gesang und für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Hermann sagen wir herzlichen Dank.

Familie Joh. Herter.

Klavierspinner

Unser Techniker

Herr Oskar Klöpfer

Calw

ist zur Zeit in u. Umgebung tätig. Weitere Aufträge erbitten wir an Herrn Carl Spambalg, Calw, Hermannstraße (Telefon 189)

Schledmayer Pianofabrik Stuttgart.

Zum Schutze des Publikums vor Schwindlern tragen unsere Techniker stets einen schriftlichen Ausweis bei sich.

Erstklassige Exikenz

bei hohem Einkommen wird thätigem Herrn geboten. Es handelt sich um Dauerposten. Bewerbungen unter V. Z. 1741 an Postfach 329 Braunschweig.

Schöne Konfirmanden-Anzüge

von 25.— bis 65.— Mk.

Paul Räu hle am Markt, Calw

Haben Sie schon eine

Damentasche mit Reißverschluss?

Große Auswahl in allen Preislagen. — Meine Schaufenster und Schaukästen zeigen Ihnen eine kleine Auswahl meines Lagers.

Ernst Kirchherr, Buchhandlung, Calw.

Ziehung 21. März 1929
Die beliebte Württemb. u. Pferde-
Geldlotterie
Gesamt-Geld, Pferde- u. Hauptgew. M.
20000
17500
9500
Losse zu M. 1. 13 Lose 12 M., Porto a. Liste 30 Pf. mehr
J. Schweickert, Stuttgart, Marktstr. 6 u. Königstr. 1
Fernsprecher 240 90 — Postcheck-Konto Stuttgart 2055
Hier in allen Verkaufsstellen

Sofortiger
Gewinnentscheid
Pferdemarkt-
Geldlotterie
5866 Geldgewinne Mark
15000
Auf etwa 10 Lose
1 Gewinn!
Gewinnauszahlung sofort
Losbriefe je M. 1. 13 Stück M. 12.—, Porto 20 Pf. mehr

Hier bei: W. Winzler in Teinach; Aug. Eisenmann; A. Fildner; Feinaur

Konfirmanden-Schirme

schwarz und farbig
in allen Preislagen

J. Eberhard, Calw

Schirmgeschäft.

Brennessel- und Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.50 bei
A. Otto Vincon, Calw.

Haararbeiten
jeder Art und Preislage
fertig
Friseur Obermatt.

Gesucht
wird auf 1. oder 15. April
thätiges
Mädchen
nicht unter 20 Jahren, das
schon in Stellung war und
etwas kochen kann.
Alte Stuttgarterstr. 423,
Calw.

Gut möbliertes, heizbares Zimmer
sofort zu mieten gesucht
Schriftl. Angebote unter
R. G. 54 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Breitenberg.
Ehrh. u. Schaff-
Ruh
ein jähriges
Rind
sowie 2 Km. bürre
Buchenscheiter
verkauft
Friedr. Weinmann.

Die schönsten Kleider zu billigsten Preisen

bei **KRÜGER & WOLFF, Pforzheim**

Landw. Bezirksverein Calw.

Am 18. und 19. März findet ein

Geflügel-Lehrkurs

bei Gottlob Weiß hier statt.

Anmeldungen wollen bis 15. März an die Geschäftsstelle eingereicht werden.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein
Vorj. Wilhelm Dingler.

Landwirtschaftlicher Hausfrauenverein
Vorj. Frau Direktor Sannwald.

Regenschirme

farbig und schwarz
v. 5. bis 15. März

10% Rabatt

Hand-Schuhe

in Glacé und Stoff für
Konfirmation u. Ostern
bei

Geschw. Deuschle.

Zirka 30 Zentner prima

Kleehen

hat zu verkaufen.
Ernst Buzer
Althengstett.

Der Unterzeichnete bringt
sein
Anwesen
am Hengstetter Gütle,
enthaltend
3 sonnige Wohnungen
mit 2 u 15 qm Garten
hinter der Bischofstraße zum
Verkauf. Liebhaber werden
zur Besichtigung eingeladen.
Franz Stög
Bäckermeister.

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres



Am Donnerstag abend
8 1/2 Uhr
Monatsversammlung
mit Abschied Vester.
Der Vorstand.

Für einen pünktlichen
Geschäftsmann per sofort

500 RM.

bei gut. Sicherheit gesucht
Schultheiß a. D. Meyle,
Calw, Telefon 291.

hat zu verkaufen.
Ernst Buzer
Althengstett.

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres

hat zu verkaufen.
20 Zentner
Heu und Dehnd
hat zu verkaufen.
Kentschler z. Hirsch
Oberkollbach.
Sehe eine junge trächtige
Mug-u. Fahrkuh
oder ein 1/2-jähriges
Zuchtrind
dem Verkauf aus
Christian Rusteres